

Bei Halle monatlich, bei Potsdam...

Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile...

Nr. 459.

Halle, Sonnabend, den 1. Oktober 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

Die politische Debatte im Reichstag.

Annahme des Friedensvertrags mit Amerika — Herzog die Regierung — Die Abwehr gegen rechts.

Das Haus erwidert zunächst kleine Anfragen. Abg. Reichert (Dn.) fragt, ob die Angelegenheit...

Ich dagegen aus Protest gestellt gemacht. Der bayerische Regierung war kein Zweifel geblieben...

Setzt die Angelegenheit mit Amerika — Herzog die Regierung — Die Abwehr gegen rechts.

deßen gleichzeitig vor sich gehen müßte, ein Standpunkt, der bekanntlich die Sozialdemokratie nicht zu eigen macht...

Die Oberkammer für das Kabinett Wirth. Dppeln, 30. Sept. Wie ein Berichterstatter aus Oberkammer meldet...

England gegen das Wiesbadener Abkommen.

Offizieller englischer Protest. Paris, 30. September. Die englischen Blätter melden, daß der Vertreter...

Hervé für die Aufhebung der militärischen Sanktionen.

Gustave Hervé tritt in der „Victoire“ energisch dafür ein, daß nach den wirtschaftlichen auch die militärischen Sanktionen fallen gelassen werden...

Die Kabinettsbildung in Preußen.

Schwierigkeiten bei den Demokraten. Ministerpräsident Steyerwald hat gestern die vier Parteien in die Preußen die künftige Koalition bilden sollen...

Reichstagspräsident Dr. Wirth.

Die Ausschreibung der politischen Situation durch den Reichstagspräsidenten Dr. Wirth. Die Sitzung des Reichstags...

Ge'dentwertung und Warenpreis

Der kürzlich erfolgte Sturz der deutschen Welta hat auch seine Wirkung auf die Frankfurter Messe ausgeübt. Trotz einer erheblichen Preissteigerung war die Nachfrage nach den ersten beiden Tagen eine derartig große, daß ganze Branchen, die besonders in der Weltausstellung, ihre Bestände vollständig ausverkauft haben und die Läden nur noch mit Restbeständen für das nächste Jahr ansetzen. Das Geschäft wurde also an sich ein glänzendes und die Verhältnisse der Beschaffung der nötigen Rohstoffe und der Herstellung neuer Waren eben so leicht wie bei den letzten Welta. Aber das wird bei dem jetzigen Zustand der deutschen Welta seine Schwierigkeiten haben, denn wie kann der deutsche Fabrikant amerikanische Baumwolle einführen, wenn die deutsche Welta nicht einmal mehr einen Wert von 10 Pfennig hat? Die Preise müssen deshalb eine entsprechende Erhöhung erfahren. Es wird nicht möglich sein, Waren aus ausländischen Material zu kaufen, wenn wir nicht mehr die nötigen Mittel haben, aber über ein Einkommen von dementsprechender Höhe verfügen. Deshalb ist die Messe durchaus nicht so ruhig, wie man nach dem ersten Anblick erwarten sollte. Sie ist sehr lebendig, das Geschäftsgang hat der Fabrikant aber auch der Händler immer noch keine Welta, die in ihren Wert an sich nicht verliert. Ist aber die Konjunktur für den Verkauf von so dem niedrigen Kursstandes des deutschen Geldes günstig, so ist die dafür für den Einkauf um so schlechter, und es ist durchaus nicht anders, wenn der deutsche Fabrikant mit außerordentlichen Preisen bezugslos in die Zukunft blickt. Vom Export allein kann er nicht leben. Der Weg im Ausland ist für fast alle Fabrikationszweige auszuliegen. Bei einer Geldentwertung, wie wir sie angestrichelt in Deutschland zu vergleichen haben, muß aber für die deutsche Welta, die bei dem jetzigen Zustand der deutschen Welta im Ausland gekauft werden müssen, ein so hoher Preis angesetzt werden, daß das deutsche Publikum wohl oder übel in den Kaufmarkt eintreten muß. Die deutschen Fabrikanten haben sich bei dem jetzigen ständigen Rückgang des deutschen Geldwertes nur gegen die Einfuhr und sind deshalb nicht sehr reichlich mit Vorräten versehen. Es sei der jetzigen Lage der Dinge um Ausland noch höhere Warenwerte nach Deutschland auf Kredit gegeben werden, ist sehr fraglich, denn der ausländische Rohstoffproduzent oder Händler hat ja gar keine Sicherheit dafür, ob und wann wieder eine ausreichende Nachfrage für die deutsche Welta beginnt. Während in der Vergangenheit Waren nicht etwa nur im Ausland besonders stark. Dieses hat wohl bei dem Tiefstand der deutschen Welta auch entsprechende Käufer zugezogen, aber durchaus nicht in außerordentlicher Höhe. Der Sturz auf die Welta ist hauptsächlich auf das sinkende Wert der deutschen Welta zurückzuführen, daß bei dem derzeitigen Wert des deutschen Geldes jede Ware besser als Papiergeld ist. So ist die Ursache auf dem Warenmarkt eine Folge der Panik auf dem Geldmarkt. Aber vielleicht liegt doch in den jetzigen Vorgängen schließlich der Keim zur Besserung unserer Verhältnisse.

Jeder Deutsche - von den Großkapitalisten, Spielern und allen, die viel und leicht Geld verdienen, nicht zu sprechen - lebt auch heute noch über seine Verhältnisse und über die Verhältnisse, in die wir uns infolge des verlorenen Kriegs von rechtswegen schicken müssen. Erst wenn uns durch die Kreditverweigerung des Auslands die Augen darüber geöffnet werden, in welcher Lage wir eigentlich sind, wird vielleicht auch die Einsicht kommen, daß wir einfacher und bescheidener leben müssen als bisher. Das darf aber notwendig nicht nur für diejenigen gelten, die schon an und für sich nicht genug zu einer anständigen Lebensführung haben, sondern vor allem für jene, die von der Not der Zeit bisher noch nicht gemerkt haben. An das arbeitslose Kapital wollen wir nicht rühren. Wir haben es bitter notwendig. Aber an die vielen für uns Überflüssigen, die jetzt in die Taschen einzelner fließen, muß der Steuerfiskus endlich mit untrüglicher Hand greifen. Der deutsche Reichsfinanzminister muß den guten Rat befolgen, den ein Kritiker auf der Welta gab: „Anderer Finanzrat würde bald abgelehnt sein, wenn sich die Reichskasse einen entsprechenden Anteil an den Weltaerträgen sicherte.“

Oberschlesiens Unrechtsart.

Die Oberschlesien-Deutsche. en.

Wesin, 30. September.

Die Denkschriften der wirtschaftlichen und sozialen Verbände Oberschlesiens und die Noe der deutschen Regierung an die alliierten Regierungen vom 25. September 1921 sind in den Büchern erschienen. Die Arbeit zerfällt eigentlich in fünf verschiedene Denkschriften, in die des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereines und der Handelskammer, in die der Oberschlesischen Handwerkerkammer, in die des Oberschlesischen Bauhandwerkersvereines, in die des deutschen Gewerkschaften und in eine Denkschrift über die religiöse Seite des Oberschlesischen Problems. Dazu kommt dann die Noe über die Religionsabnahme vom 1. April 1921. Die Denkschriften enthalten alles über Oberschlesien wichtige Material in klarer und übersichtlicher Form zusammengefaßt und werden durch einen sorgfältigen Kartenmaterial unterstützt. Noch nie ist in so klarer und zusammenfassender Weise die Anteilnahme der Oberschlesien und seine Angehörigen an Deutschland dokumentiert worden, wie in diesen Denkschriften der deutschen Verbände. Der Oberschlesien-Ausschuß des Völkerverbundes dürfte gut tun, diese Denkschriften einer eingehenden Durchsicht zu unterziehen.

Madrid, 30. September.

In einem Artikel der „Correspondencia Militar“ über Oberschlesien heißt es, die praktischen Ergebnisse hätten gezeigt, daß das ein Ganzes bildende Oberschlesien nicht geteilt werden dürfe. Das englische wie das Gesamtinteresse

erheische, daß die Deutschen weiterhin die schließlichen Nutznießer der Vorkriegsstände seien, daß trotz des Terrors der Korrupten Banden die große Mehrheit für Deutschland gestimmt habe. Eine Teilung Oberschlesiens könne nur verhängnisvolle Folgen zeitigen.

Geut, 30. Sept. (Eigene Drahtnachricht.)

Der Völkerverbund hat zur Erleichterung der oberösterreichischen Frage von 10 bis zum 1. Oktober als Sachverständigenkommission den österreichischen Großindustriellen Hodos und den Schweizer Eisenbahndirektor Herold aus St. Gallen. Beide Herren haben den Auftrag, die Kreise der deutschen und polnischen Sachverständigen über Oberschlesien entgegenzunehmen und das sich daraus ergebende Gesamtbild dem Völkerverbund zu unterbreiten.

Tagung des Reichsstädtebundes.

Dresden, 30. September. Der Reichsstädtebund trat hier zu seiner 25-jährigen Tagung zusammen. Der Geschäftsführer des Bundes Dr. Haezel (Berlin) sprach über die Not der mittleren und kleinen Städte und ihre Überwindung. Reich und Länder banden nach dem Satz: Jeder ist sich selbst der Nächste. Den Gemeinden müsse ebenso wie den einzelnen Personen ein Existenzminimum gewährt werden. Einzelne Gemeinden scheiterten an den Banen nur noch Kredit gegen Verpfändung von Wertgegenständen. Es drohe ein Zusammenbruch der Gemeinden, der einen Zusammenbruch des Reiches und der Länder nach sich ziehen würde. Den Gemeinden müsse wieder ein Zuschlagrecht zur Einkommensteuer oder eine Erhöhung des Anteils an der Reichssteuer und eine Erhöhung des Anteils an der Reichssteuer sein notwendig. Fahrzeug- und Feuererlöse müssten den Gemeinden übertragen, ihnen auch ein Zuschlagrecht zu den Reichsgetränkesteuern gewährt und vor allem die Höhegrenze für die gemeindlichen Verbrauchsabgaben auf Bier von 0,65 auf 10 Mark pro Hektoliter erhöht werden. Auch verlangte der Redner die Zulassung der gemeindlichen Verwaltung der Eisenbahn und volle Vergütung der Kosten für Erfüllung der öffentlichen Funktionen von Reich und Landesregierungen. Abbau der Erwerbslosenfürsorge und Ertrag durch Erwerbsversicherung usw. Im großen und ganzen sprach man sich zu dem meisten Punkten der Resolutionsliste einmütig aus.

Ausrufung eines selbständigen Staates Westungarn.

Ungarn ruft der Entente.

Die schwächste Haltung der Entente gegenüber den ungarischen Verfassungen in der Weltausstellung hat nunmehr zu einem neuen Staatsrecht die ehemaligen Ministerpräsidenten Stefan Friedrich und des von ihm geleiteten sogenannten Landesparlamentes von Westungarn geführt. Falls gegen nach dem Wiener, das General-Friedensvertrag in Wien geschlossen hat, ist dieser Landesparlamentarismus selbständig die Westungarns proklamiert. In der Proklamation heißt es u. a.:

Infolge des von der Entente und ausgeübten Zwanges über die ungarische Regierung zu handeln, auf die Ausübung ihrer Souveränität über Westungarn zu verzichten. Somit hat der Landesparlamentarismus die Verfassung der Westungarn übernommen und wird das Land als selbständige Regierung verwaltet. Die alten Beamten bleiben auf ihren Posten und werden ihre Arbeit fortsetzen. Für Gott, König und Vaterland! Tue jeder seine Pflicht!

Mehrfach hat mit der Erlassung dieser Proklamation werden die Einzelheiten der Antwort der ungarischen Regierung auf das Ultimatum der Entente bekannt. Die ungarische Regierung betont darin ihren Entschluß, das westungarische Gebiet bis zum 4. Oktober zu räumen, wenn aber gleichzeitig auf die neu-geschaffene Lage hin, die durch die Vermittlung Italiens und der Internationalen Kommission entstanden sei. Die Antwort gibt der Spannung Ausdruck, daß eine friedliche Vereinbarung zustande kommen werde. Die ungarische Regierung will damit offenbar andeuten, daß sie für den Fall, daß die Vermittlung scheitern sollte, bis zum 4. Oktober nicht beabsichtigt sein sollten, von der Entente eine Fristverlängerung für die Räumung ersucht. Die Antwort ist nicht anders als ein neuer Versuch, den Völkerverbund zu zerschlagen, da der Minister Reichs ausdrücklich seine Zustimmung davon abhängig macht, daß Ungarn zuvor den Forderungen des Friedens von Trianon nachkomme. Es verleierte auch, daß die Vermittlung keine Vermittlung bis zum Ablauf des Ultimatum zurückgelegt habe.

Es ist übrigens sehr fraglich, ob die ungarische Regierung jetzt noch überhaupt imstande ist, ihre Verträge, die Räumung Westungarns bis zum 4. Oktober durchzuführen, auch zu erfüllen. In Westungarn befinden sich etwa 40 000 wohlhabende Zingaren unter der Führung von Stefan Friedrich, der als Vorkämpfer der radikalen Bewegung in einem starken politischen Gegensatz zur Regierung steht. Die Sprache, die Friedrich führt, ist er befindet sich ganzlich unangenehm in Budapest - ist denn auch deutlich genug. In einer Verammlung der Budapest Landesparlamentarismus hielt er eine Rede, in der er von der Übernahme der Regierung in Westungarn durch den Landesparlamentarismus Mitteilung macht. Durch diese Rede, sagte er, werde jedes weitere Feilschen unmöglich gemacht. „Wer es wagt, Westungarn zu betreten, wird einfach erschossen. Ich meine übrigens“, fuhr er fort, „daß höchstens die Kaiserliche Armee von 40 000 Mann nach Westungarn schicken wird. Müge aber kommen, wer du willst. Müge man feigen und schlechten darauf los, und jeder möge sich hüten, in unseren Bereich zu kommen.“

Die Rede Friedrichs entwirft klar die geradezu groteske Situation, in die sich die Entente durch ihre abgelehnte Haltung gegenüber Ungarn begeben hat. Es ist in der Tat schwer einzusehen, woher die Truppen kom-

men sollen, um die Zingarenarmee aus Westungarn zu vertreiben. Die kleine Entente hat bereits durchsetzen lassen, daß sie sich es gründlich überlegen wird, ihre Daut zur Aufrechterhaltung des Friedens der großen Entente zu werfen zu tragen, und keinesfalls wird sie dies ungeschehen lassen. Italien wünscht überhaupt nicht die Intervention der kleinen Entente, um es daraus der Italiener sehr unangenehme Korridor zu fñhen der Tschekoslowakei und Südbanien herbeizuführen könnte. Und das ist selbst eine Armee aufzuziehen, um Westungarn zu betreten, ist um so weniger angenehm, als dies auch von Frankreich kaum getätigt werden würde. Deutschland ist bereit, daß es sich nicht erwehrt, während man Ungarn eine Anzahl von Waffen geliehen hat, daß an einen Abbruch Österreichs nicht zu denken ist. Auch das Mittel der Wirtschafts- und Vorkriegsbeziehungen gegen Ungarn dürfte kaum zu dem erhofften Resultat führen, da die Zingaren in dem reichen Lande, das sich jetzt selbst ernähren kann, dadurch in keiner Weise wirtschaftlich werden dürfen. Es scheint das diplomatische Doppelspiel Ungarns tatsächlich zu einem Erfolg führen zu wollen.

Ein Dementi.

Budapest, 30. Sept.

Auf die durch die Wiener Presse verbreitete Nachricht, daß in Westungarn unter Leitung von Stefan Friedrich ein selbständiger Staat ausgerufen worden sei, stellt das ungarische Telegraphen-Bureau fest, daß Abgeordneter Friedrich sich in Budapest befindet, in Westungarn selbst aber von einer solchen Proklamation nichts bekannt sei.

Italien zur Vermittlung bereit.

Rom, 29. September.

Die „Agenzia Stefani“ veröffentlicht folgende Erklärung:

Die ungarische Regierung hat dem italienischen Minister des Auswärtigen, Marschale della Torretta, den Vorschlag unterbreitet, zwischen Ungarn und Österreich die Vermittlung zu übernehmen zur Herbeiführung einer gerechten und dauerhaften Lösung der Frage des Westungarns. Neben Marschale della Torretta betonte, daß die eventuelle Vermittlung das Vorgehen der Alliierten zur Wahrung der Friedensverträge und der Beratungen der Vorkriegs-Konferenz in keiner Weise stören dürfte, und indem er dem Umfange Rechnung trug, daß der Vorschlag zur Durchführung des Friedensvertrages von Trianon zur Grundlage hätte, erklärte er sich damit einverstanden, den Vorschlag der ungarischen Regierung der österreichischen Regierung zur Kenntnis zu bringen, um so die Feststellung zu ermöglichen, ob man eine tragfähige Grundlage für die Unterhandlungen finden könne. Der österreichische Bundeskanzler erklärte, mit Rücksicht auf das ihm durch die Verdon des italienischen Ministers des Auswärtigen eingetragene Vertrauen ziehe er das Ergehen in ernste Erwägung, und formulierte einige Bedingungen, die Marschale della Torretta der ungarischen Regierung zur Kenntnis brachte. Nachdem Torretta auf diese Weise Gelegenheit gehabt hatte, die Gesichtspunkte Österreichs und Ungarns in dieser Frage kennen zu lernen, und da es als möglich erachtete, in einer Vereinbarung zu kommen, unterbreitete er die Angelegenheit dem Kommando vom Stande der Angelegenheit, wobei er die Alliierten ersuchte, mit ihm zusammenzuarbeiten, um eine schnelle und befriedigende Lösung der ernsten Frage herbeizuführen. Die Vorkriegs-Konferenz, die über die Sachlage unterrichtet wurde, nahm die im Gange befindliche Vermittlungssaktion günstig auf. Gleichseitig wurde jedoch ausgedrückt, daß die Alliierten auf das Ungarn übermittelte, bis zum 4. Oktober befristete Ultimatum keine auffällige Wirkung ausüben.

Markspekulation in London.

London, 30. Sept.

Levi Daini Geyrop ist die Spekulation in deutscher Welta in der City sehr groß. Ein hervorragender Citabanker erklärte der „Times“, es sei keineswegs ausgeschlossen, daß sich 10 Millionen deutscher Welta in England befinden.

Deutsches Reich.

Die Autonomie Oberschlesiens. Von gegnerischer Seite wird man nicht, als ob die deutsche Regierung das Autonomiegesetz nicht durchzuführen gedenkt sei. Die oberösterreichischen Abgeordneten sämtlicher Parteien haben an die Reichsregierung eine kleine Anfrage gerichtet, ob sie eine Erklärung abgeben will, die jedes Mißtrauen völlig beseitigt.

Die Wagergerichte. Aus einer vom Reichsminister der Justiz dem Reichstag überreichten Darstellung ist zu ersehen, daß im Kalenderjahr 1920 von den Wagergerichten 27 524 Fälle anhängig gemacht worden sind. Nur in 9307 Fällen ist auf Freisprechung erkannt worden. In 24 Fällen ist eine Haftstrafe, in 55 Fällen der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte ausgesprochen worden. 109mal überstiegen die Geldstrafen 5000 Mark. Im allgemeinen waren die Strafen zu milde.

Margam Carl wird in zwei Tagen in Berlin eintreffen. Er will einen Angleren Kurort, erhalt in Bad Nauheim nehmen.

Wohlfühlungsfrage in Bayern. Die Staatsverhandlungen in Bamberg betreffen 60 000 Mark für Oppau, 15 000 Mark für die Nationalbank in München, 3 Millionen für die Erhöhung der Wohlfühlungsfrage an der Postkarte in Bamberg.

Der Entwurf des österreichischen Antrags. Im Alter von 78 Jahren fand in Wiesbaden im Club der Gröndler und Geier der Wohlfühlungsfrage Vogt & Co. Wiederaufbau und Wiederaufbau. Seit mehr als 20 Jahren hat Joseph Vogt neben seinen Partnern noch eine internationale Wohlfühlungsfrage geleitet, die mit den von Vogt & Co. gebaueten Wörtern nicht nur das Österreichische Wohlfühlungsfrage, sondern auch in Nummern und entzogenen Bändern Wohnungen ausbüßte. Der Haupterfolg der trotz unglücklicher Mißfolge ausübten Energie lag vor die Einbindung der oberösterreichischen Anträge.

Die jüngere Schmach. In Gießen wurde ein neunjähriger Mädchen von einem Franzosen in einen kleinen Stein gelegt und verpackt. Der Täter wurde durch die französische Besatzungsherrschaft ermittelt.

